

Politischer Wegweiser

für Freiheit und Vaterland

Erscheinungstage: 10. und 25. im Monat. Bezugspreis 75 Pf. monatlich

Nr. 10

Halle (Saale), 25. Mai 1930

6. Jahrgang

Dem Reichspartei-Ausschuß zum Gruß!

Die Tagung findet in einer politisch bewegten Zeit statt. An die Stelle der großen Koalition im Reich ist nach der Selbstausschaltung der Sozialdemokratischen Partei das Kabinett Brüning getreten. Seine Zusammensetzung und seine bisherigen Regierungsmaßnahmen haben in den Reihen der Mitglieder unserer Partei zu lebhaften Erörterungen Veranlassung gegeben. Ein gleich lebhafter Gedankenaustausch hat auch über Einhaltung oder Ausdehnung vorhandener Parteigrenzen eingesetzt. Staatspolitische Erkenntnis und parteipolitische Bedenken bilden für diese Erörterungen die Grundlage und zeugen in ihrem Gesamteindruck von einer lebensfrischen Initiative innerhalb der Partei. Aendern kann daran auch nichts der Versuch unserer politischen Gegner, aus diesem ureigenen Recht der Anhänger der Deutschen Demokratischen Partei und aus ihren Willensäußerungen für Erhaltung, Festigung und Durchsetzung demokratischer Ideale Kapital schlagen zu wollen und in höhnisch gehaltenen Presseartikeln über die Demokraten herzufallen. Das ist auch im Wahlkreise Halle-Merseburg geschehen und es ist dabei festzustellen, daß, je kleiner der Verbreitungsradius dieser Presse ist, (siehe Saale-Zeitung und Eilenburger Neueste Nachrichten) der Eifer gegen uns desto stärker zutage trat. Freien Meinungskampf im Interesse der Partei kennt man in diesen Kreisen ja nicht oder darf ihn nicht kennen.

Vor dem Zusammentritt unseres Reichspartei-Ausschusses haben eine Reihe unserer Landesorganisationen gesprochen. Auch in ihnen hat oftmals Meinung gegen Meinung gestanden. Uebertragend war dabei aber die Bekundung des Vertrauens zu den verantwortlichen Instanzen unserer Partei. Das ist der Boden, auf dem auch die im Parteiausschuß zu erwartenden Auseinandersetzungen vor sich gehen werden. Wir Demokraten haben in einer mehr als 10 jährigen Arbeit oftmals durch die Tat bewiesen, daß die Partei für uns als solche nicht ausschließlic



Zweck und Ziel des demokratischen Bekenntnisses ist, vielmehr die Gesamtwohlfahrt von Staat und Volk. Zahlenmäßig, besonders in Zeiten, in denen die Theorien reiner Klasseninteressen Denken und Handeln breiter Wählerschichten beeinflussen, hat die Deutsche Demokratische Partei Abgänge erlitten. Unser Wille zur Weiterarbeit und unser Vertrauen zur Durchsetzung demokratischen Gedankengutes ist dadurch nicht erschüttert.

In diesem Sinne begrüßen wir die Tagung des Reichsparteiausschusses in Halle. In diesem Sinne seien auch die aus dem ganzen Reich hierher geeilten Parteifreunde begrüßt. Der Meinungskampf, der hier ausgefochten wird, ist ein geistiges Ringen um den geeignetsten und besten Weg auf dem innerpolitischen Gebiet. Die deutsche Außenpolitik ist zwangsläufig den von uns gewiesenen Weg gegangen, hat ihn gehen müssen. Die demokratische und soziale Republik kann auch in ihren inneren Einrichtungen unsere Arbeit und unser Streben nicht entbehren. Wir leben und wirken. D.

Reichsbanner und politische Lage. In der Ortsgruppe Halle machten sich seit längerer Zeit Bestrebungen bemerkbar, die sich gegen die Grundlagen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, die politische Bewegungsfreiheit der ihm angeschlossenen Parteien zu wahren, richteten. Diese Bestrebungen fanden kürzlich ihren Niederschlag in einer vom Vorstand der Ortsgruppe Halle einberufenen Versammlung und in der Herausstellung des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Alex Möller als Versammlungsredner über das Thema „Wie stellt sich das Reichsbanner zur jetzigen politischen Lage“. Ueber seine Ausführungen soll hier nur soviel gesagt werden, daß sie völlig einseitig nur die sozialistische Auffassung wiedergaben. Im Anschluß an das Referat brachte der 2. Vorsitzende der Ortsgruppe Halle, Klemich, nachstehende EntschlieÙung ein:

„Das Referat des Kameraden, Landtagsabgeordneten Alex Möller, über „Wie stellt sich das Reichsbanner zur heutigen politischen Lage“ findet die volle Billigung der Ortsgruppe Halle des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Wir fordern vom Bundesvorstand eine eindeutige Erklärung darüber, ob er gewillt ist, den energischsten Kampf gegen die republikfeindliche Regierung Brüning und alle in republikanischen Parteien vorhandenen Bestrebungen, die den Bestand der Republik gefährden, aufzunehmen. Diese Kreise gehören nicht in das Reichsbanner. Falls diese Erklärung nicht erfolgt, sieht sich die Ortsgruppe Halle gezwungen, ihre Umwandlung in eine republikanische Schutzwehr unter Anlehnung an die Sozialdemokratische Partei vorzunehmen.“

Diese Entschließung ist, trotzdem in der Aussprache starke Bedenken gegen sie geäußert wurden, mit großer Mehrheit gegen 6 Stimmen und 7 Enthaltungen angenommen worden. Sie hat Veranlassung gegeben, daß sich die demokratischen Mitglieder des Gauvorstandes beschwerdeführend an den Bundesvorstand und andere maßgebliche Instanzen des Reichsbanners wandten.

Leuna und Weißenfels. In einer Versammlung der Ortsgruppe der Deutschen Demokratischen Partei in den „Stadthallen“ schilderte der Zweckverbandsvorsteher von Leuna-Rössen, Provinziallandtagsabgeordneter Cornely, die Wirtschaftsbeziehungen der Einwohner der Werksiedlung Neurössen und des Leunawerks zu den umliegenden Städten. Naturgemäß sind die Beziehungen der Neurössener Einwohnerschaft sehr eng zu Merseburg, Bad Dürrenberg und Halle gefördert durch außerordentlich günstige Verkehrsverhältnisse. Der ungünstige Einfluß schlechter Verkehrsverbindungen macht sich sehr deutlich bemerkbar. Früher war das anders. Da besuchte die kaufkräftige Neurössener Einwohnerschaft Weißenfels sehr gern und kaufte hier sehr viel. Das änderte sich aber, als der Durchgang durch das Werk gesperrt wurde. Trotzdem bestehen noch wirtschaftliche Beziehungen zwischen Weißenfels und Neurössen und außerdem bestehen natürlich gesellschaftliche Beziehungen. Groß ist jedoch die Bedeutung von Weißenfels als Arbeiterwohnsitzgemeinde. Nach dem neuesten Stande vom 1. April wohnen 1634 Arbeiter und 246 Angestellte, zusammen also 1880 Arbeitnehmer des Leunawerks in Weißenfels. Mehr Leunaer wohnen nur in Halle, Merseburg und Leuna, während in Naumburg, das an vierter Stelle steht, nur 953 ihr Heim haben. Neu war die Angabe, daß die Zahl der Belegschaft des Leunawerks am 1. April 13719 Arbeiter und 2978 Angestellte, zusammen also 16697 Arbeitnehmer betrug. (Am 1. März betrug sie 18377, in zwei Monaten sind also 1680 abgebaut worden.)

Der Vortragende schloß seine Ausführungen mit dem Wunsche, daß Weißenfels im besten Einvernehmen mit der Werksleitung und dem Zweckverband seine Stellung als Arbeiterwohnsitzgemeinde des Leunawerks erhalten und ausbauen möge. Die Vorführung einer Anzahl Lichtbilder aus Neurössen und dem Leunawerk beendete den Abend.

Halle. Die Ortsgruppe Halle hielt am Sonntag, 11. Mai, eine Sitzung des Gesamtvorstandes ab, zu der auch die fast vollständig erschienenen Vertreter der Kreisvereine hinzugezogen waren. Minister Dr. Schreiber behandelte in eingehenden Darlegungen die Vorgänge, die nach Sprengung der großen Koalition im Reich durch die Sozialdemokratie zur Bildung des Kabinetts

Brüning führten und unsere Stellung zu diesem. Dabei erhielten die Tagungsteilnehmer endlich ein klares Bild über die politische Lage, über die bisherige Mitarbeit unserer Reichstagsfraktion im Kabinett Brüning und über die Stimmung in unserer Partei. Falschmeldungen und in durchsichtiger Absicht gegen uns gerichteten Zeitungsgerüchten konnte Minister Dr. Schreiber den wirklichen Sachverhalt gegenüberstellen. Die Ausführungen wurden allseitig mit starkem Beifall aufgenommen. Von einer Entschließung wurde abgesehen.

Eisleben. Für Mittwoch, den 28. Mai, ist die Tagung eines Kreisparteitages vorgesehen. Sie wird sich mit schwebenden Parteifragen und auch mit dem zur Verhandlung stehenden Etat des Seekreises beschäftigen.

Holzweißig. Die Ortsgruppe Holzweißig beschäftigte sich mit der politischen Lage und mit der Stellung der Partei. Auf Grund der Ausführungen des Kreisvorsitzenden Fischer nahm sie einmütig eine Entschließung an, in der sie der Parteileitung für ihre Tätigkeit dankt und ihr Einverständnis mit der bisherigen Haltung bekundet.

An die Reichstagsfraktion erging außerdem ein Antrag, der Anregungen zur steuerlichen Erfassung deutscher Industrie-Unternehmungen im Auslande vorsieht.

In Eisleben und Gerbstedt sprechen am Vorabend der Sitzung des Reichspartei-Ausschusses die Reichstagsabgeordneten Sparrer und Bartschat in öffentlichen Versammlungen.

Bei der Hundefrage gelandet. Die Nazis suchen weiter nach Möglichkeiten sich bemerkbar zu machen. Radau bei Umzügen und Versammlungen genügen ihnen dafür anscheinend nicht mehr, und da ihr geistiger Gehalt auch nicht mehr hergibt als sie haben, so stellten sie kürzlich im preußischen Landtage an die Regierung die „hochwichtige“ Anfrage, **wie hoch sich die Futterkosten für einen Polizeihund beliefen.** — Die Regierung hat die Fragesteller dahin beschieden, daß diese Futterkosten ungefähr 18.— RM. monatlich betragen. Was die Nazis daraufhin unternehmen werden, weiß man zurzeit leider noch nicht. Vielleicht wollen sie, da sie ja auch stark unter der Kommunistenkrankheit gegen alles, was nach Polizei aussieht, leiden, den armen Polizeihunden die Rationen kürzen. Vielleicht tragen sie sich aber auch mit der Absicht, die Rationen zu verdoppeln, um durch verstärkten Fettansatz die Beweglichkeit dieser vierbeinigen Hüter der Ordnung zu hemmen. Das eine steht jedenfalls fest: „Die geistige Tätigkeit der Nazis ist auf den Hund gekommen.“

Verlag: Deutsche Demokratische Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30.
Verantwortlich: Johannes Dornblüth, Halle (Saale).

Politischer Wegweiser

für Freiheit und Vaterland

Erscheinungstage: 10. und 25. im Monat. Bezugspreis 75 Pf. monatlich

Nr. 10

Halle (Saale), 25. Mai 1930

6. Jahrgang

Dem Reichspartei-Ausschuß zum Gruß!

Die Tagung findet in einer politisch bewegten Zeit statt. An die Stelle der großen Koalition im Reich ist nach der Selbst-ausschaltung der Sozialdemokratischen Partei das Kabinett Brüning getreten. Seine Zusammensetzung und seine bisherigen Regierungsmaßnahmen haben in den Reihen der Mitglieder unserer Partei zu lebhaften Erörterungen Veranlassung gegeben.

...ch über Einhaltung
eingesetzt. Staats-
edenken bilden für
in ihrem Gesamt-
nerhalb der Partei.
unserer politischen
nhänger der Deut-
Willensäußerungen
demokratischer Ideale
gehaltenen Presse-
ist auch im Wahl-
dabei festzustellen,
Presse ist, (siehe
richten) der Eifer
Meinungskampf im
eisen ja nicht oder

spartei-Ausschusses
gesprochen. Auch
gestanden. Ueber-
Vertrauens zu den
das ist der Boden,
wartenden Ausein-
Demokraten haben
durch die Tat be-
nicht ausschließlich

